Resolution der IG Metall Delegiertenversammlung zur kommunalen Energieversorgung

Im März 2011 hat die IG Metall ihre Positionen zur Atomkraft und Energiepolitik vorgelegt. Sie setzt dabei auf einen Energieversorgung ohne Atomenergie und stellt ihre Eckpunkte für eine nachhaltige Energieversorgung vor. Diese Eckpunkte sind Leitlinie bei der regionalen/kommunalen Diskussion zur Energieversorgung.

Die gesellschaftlichen Vorbehalte gegenüber privaten Leistungserbringern in Bereichen der Daseinsvorsorge, gerade auch im Bereich Energie, wachsen. Der durch den Wettbewerb verursachte Kostendruck führte zur Reduzierung von Arbeitsplätzen in den Energieunternehmen und steigerte die Belastung der verbleibenden Mitarbeiter.

Vor Ort bestehen bessere Möglichkeiten in den Kommunen eine preisgünstige und umweltgerechte Energieversorgung zu sichern.

Für die IG Metall in Dortmund ist die Energieversorgung Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Damit sehen wir die Energieversorger und die Politik in der Pflicht, folgenden Forderungen gerecht zu werden:

- 1. Gewährleistung einer sicheren, langfristigen und ökologischen Energieversorgung
- 2. bezahlbare und gerechte Energiepreise
- 3. Sicherung von guten tariflichen Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft
- 4. Programme zur Steigerung der Material- und Energieeffizienz insbesondere im Gebäudesektor
- 5. Erhöhung der Forschung z.B. der Speichertechnologie und Energieeffizienz.
- 6. Mehr Einflussnahme für Verbraucher und Beschäftigte

Zur Verwirklichung dieser Ziele ist das Ausscheiden der RWE als Gesellschafter von DEW21 zum 31.12.2014 zu favorisieren, wobei Chancen und Risiken dieser durch die Stadt Dortmund/DSW21 zu treffenden Entscheidung besonders abgewogen werden müssen.

Die IGM Delegiertenversammlung fordert den DGB auf, ein Positionierungsprozess mit den Gewerkschaften einzuleiten.

Dortmund, 26. Januar 2012

Anlage: IG Metall Position zur Atomkraft und zur Energiepolitik

Wirtschaft aktuell



01 / 2011 - des Bereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Vorstand

IG Metall Position zur Atomkraft und zur Energiepolitik

Mit der atomaren Katastrophe in Japan ist die Auseinandersetzung über die Zukunft der Atomenergie in Deutschland wieder neu entbrannt. Die IG Metall setzt auf eine Energieversorgung ohne Atomenergie und stellt ihre Eckpunkte für eine nachhaltige Energieversorgung vor.

Atomenergie hat keine Zukunft – Bundesregierung muss die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zurücknehmen

Mit der atomaren Katastrophe in Japan ist die Auseinandersetzung über die Atomkraft in Deutschland wieder neu entbrannt. Die IG Metall setzt auf eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt die von der schwarzgelben Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ab!

Die IG Metall fordert

- die Bundesregierung auf, die im November 2010 beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke um bis zu 14 Jahre zurück zu nehmen. Das jetzt von Merkel und Westerwelle angekündigte Moratorium reicht bei weitem nicht aus.
- den im Jahr 2000 zwischen der damaligen rotgrünen Bundesregierung und den Energiekonzernen vereinbarte Atomkonsens wieder zur Grundlage für einen geplanten Ausstieg aus der Atomenergie bis 2020 zu machen.
- die sofortige Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke. (Darunter Neckarwestheim 1 und Biblis A und B, die nach dem 2000 vereinbarten Atomkonsens bereits seit 2010 vom Netz sein müssten.)
- einen Energiemix ohne Atomkraft, Atomenergie wird als mittelfristige Brückentechnologie nicht gebraucht.

In diesem Jahr müssen wir den 25igsten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl begehen. Tschernobyl steht nicht allein, in Harrisburgh in den USA hat es bereits 1979 einen atomaren Katastrophenfall gegeben und auch in Europa haben schwere Störfälle stattgefunden. Diese Fälle bestätigen: Atom

kraft ist auch bei höchsten Sicherheitsstandards eine Hochrisikotechnologie.

Absoluten Schutz vor Naturkatastrophen und Störfällen kann kein Sicherheitskonzept garantieren. Die Folgen für die Menschen sind katastrophal und die betroffenen Regionen leiden für unabsehbar lange Zeit an den Folgen. Mit dem schon heute angehäuften strahlenden Müll aus der Nutzung der Atomenergie belasten wir zukünftige Generationen.

Sicherheits-Checks, wie sie die Bundesregierung jetzt ankündigt, sind kein ausreichendes Mittel. Wie schnell Modellrechnungen hinfällig werden können, das beweist in diesen Tagen in tragischer Weise die Atomkatastrophe in Japan. Auch in Deutschland können Naturkatastrophen, Terroranschläge oder Flugzeugabstürze nicht ausgeschlossen werden. Auch menschliche oder technische Fehler können zu Störfällen führen.

Atomenergie eignet sich nicht als Brückentechnologie, im Gegenteil sie steht neuen innovativen Lösungen und einem zukunftsfähigen Umbau der Energieversorgung im Weg.

Eckpunkte der IG Metall für eine nachhaltige Energieerzeugung

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist unverzichtbar für eine moderne Industriegesellschaft. Energie ist eine der tragenden Säulen. Einer funktionsfähigen und klima- und ressourcenschonenden Energieversorgung kommt deshalb eine wachsende strategische Bedeutung zu. Dabei ist schon heute erkennbar, dass die Erzeugung und der Einsatz von Energie einem enormen technologischen Wandel unterliegen werden.

Was sind die Eckpunkte für einen zukunftsfähigen Umbau der Energieversorgung aus Sicht der IG Metall:

Atomkraft in Deutschland				
Atomkraftwerk	Inbetriebnahme	geplante Abschaltung (+Laufzeitverlängerung)	Kraftwerks-Eigner	Zahl der meldepflichtigen Ereignisse seit der Inbetriebnahme
runsbüttel	1976	2012 (+ 8 Jahre)	Vattenfall/ Eon	462
Brokdorf	1986	2019 (+14 Jahre)	Eon/ Vattenfall	210
Interweser	1978	2012 (+ 8 Jahre)	Eon	337
(rümmel	1984	2019 (+14 Jahre)	Eon/ Vattenfall	321
msland	1988	2020 (+14 Jahre)	RWE/ Eon	121
Grohnde	1984	2018 (+14 Jahre)	Eon/ SW Bielefeld	221
Brafenrheinfeld	1981	2014 (+14 Jahre)	Eon	220
Biblis A	1974	2010 (+ 8 Jahre)	RWE	422
Biblis B	1976	2010 (+ 8 Jahre)	RWE	417
leckarwestheim 1	1976	2010 (+ 8 Jahre)	EnBW	425
leckarwestheim 2	1988	2022 (+ 14 Jahre)	EnBW	80
hillipsburg 1	1979	2012 (+ 8 Jahre)	EnBW	337
hillipsburg 2	1984	2018 (+ 14 Jahre)	EnBW	181
sar 1	1977	2011 (+ 8 Jahre)	Eon	279
sar 2	1988	2020 (+ 14 Jahre)	Eon	72
Sundremmingen B	1984	2015 (+ 14 Jahre)	RWE/ Eon	112
undremmingen C	1984	2016 (+14 Jahre)	RWE/ Eon	99
uelle: Handelsblatt				

1. Ausbau der erneuerbaren Energien hat Vorfahrt

Die IG Metall tritt für eine ökologisch nachhaltige Innovationsstrategie in der Energiepolitik ein. Die erneuerbaren Energien sind die tragenden Säulen einer kohlenstoffarmen Energieversorgung der Zukunft. Ziel ist es bis 2050 bei der Stromerzeugung den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare zu schaffen. Die erneuerbaren Energien müssen die Leittechnologie sein und die konventionellen Energieträger daran gemessen werden, ob sie den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein Beispiel für die neuen grünen Leitmärkte und zeigt deren wachsende Bedeutung als zukünftiger Wirtschaftsfaktor. Vor allem die Windkraft und die Photovoltaik haben in den letzten 20 Jahren den Sprung vom Nischenmarkt hin zu innovativen Industriebranchen geschafft, die sich in Deutschland entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette entwickelt haben. Die Politik muss auch in Zukunft mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einen stabilen Entwicklungspfad für die Erneuerbaren Energien vorgeben. Das politische Tauziehen um die 2011 anstehende Revision des EEG wird wieder die Verteilungskämpfe in der Energiewirtschaft offen legen, wie wir sie zuletzt bei der Durchsetzung der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke erlebt haben. Die IG Metall setzt sich dafür ein, das EEG in seiner Wirkung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu erhalten.

2. Innovative, hocheffiziente Kraftwerkstechnologie statt Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke

Konventionelle Stromerzeugung wird noch über mehrere Jahrzehnte gebraucht werden. Nicht nachhaltig wäre ein Energiemix mit alten Kohlekraftwerken, die mangels Neubau länger am Netz bleiben und Strom ineffizienter und klimaschädlicher erzeugen, als dies durch heute bereits verfügbare Technologie möglich ist.

Die IG Metall setzt deshalb auf eine grundlegende Modernisierung durch neue hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke und den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung. Mit der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke hat die Politik dazu keinen Beitrag geleistet. Im Gegenteil, sie zementiert alte Erzeugungsstrukturen und geht zu Lasten einer Modernisierung des Kraftwerksparks in Deutschland. Die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke wird zur Innovationsund Investitionsbremse.

3. Die Steigerung der Energieeffizienz hat enorme Potenziale – klimapolitisch und beschäftigungspolitisch

Die drastische Steigerung der Energieeffizienz und der Umstieg auf eine kohlenstoffarme Energieerzeugung sind die zwei Seiten einer Medaille. Die IG Metall fordert von der Politik konkrete Maßnahmen, damit das selbstgesetzte Ziel einer Verdoppelung der Energieproduktivität auch erreicht werden kann, wie etwa die

Einführung eines Energieeffizienzfonds und den Ausbau der Förderung für die energetische Gebäudesanierung.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist auch der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und ein Beitrag für zukunftssichere Arbeitsplätze. Zahlreiche Studien zeigen über alle Betriebe hinweg liegen die wirtschaftlichen Potenziale zur Energieeinsparung zwischen 10 und 20 Prozent der Energiekosten. Zu den Branchen, in denen energieeffiziente Technologien und Produkte zunehmend relevant sind, zählen Transport und Verkehr, Gebäudetechnik, Maschinen- und Anlagenbau, Informationstechnologien, energieintensive Industrien und die Energiewirtschaft.

4. Investitionen in Netz- und Speichertechnologien

Ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien geht nicht ohne Veränderungen bei den bestehenden Netzen und ohne den Ausbau von Speichertechnologien. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Stromnetze und der Bau neuer Energiespeicher ein Schlüssel für den nachhaltigen Umbau der Energieversorgung. Das reicht von neuer Hochspannungsübertragungstechnik über das Einspeisemanagement dezentraler Energieerzeugungsanlagen bis zu flexibler Mess- und Steuerungstechnik für Stromverbraucher. Der Ausbau von Netzen und Speicher stellt eine der größten Herausforderungen für den Strukturwandel in der Energieerzeugung dar.

5. Der Strukturwandel in der Energieerzeugung muss mit einer arbeitsorientierten Industriepolitik begleitet werden

Der Umbau der Energieerzeugung ist nicht nur eine technologische Herausforderung, sondern muss auch sozial begleitet werden. Neben den wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Chancen, die sich bei den Erneuerbaren Energien ergeben, muss es dort wo Beschäftigte von Abbau und Schließung betroffen sind Lösungen durch Sozialtarifverträge und eine regionale Strukturpolitik geben, die neue Perspektiven für Beschäftigung aufbaut. Der Strukturwandel muss durch eine aktive arbeitsorientierte Industriepolitik der Bundesregierung und auf europäischer Ebene begleitet werden, die darauf abzielt die regionale Wertschöpfung und Beschäftigung in der Energieerzeugung zu erhalten.

Damit der Strukturwandel auch für die Beschäftigten eine wirkliche Perspektive aufzeigt, müssen gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in den neuen Branchen der Erneuerbaren Energien einen hohen Stellenwert bekommen. Ziel der IG Metall ist es bei den Erneuerbaren Energien betriebliche Mitbestimmung und tarifliche Bezahlung in viel mehr Betrieben als dies zurzeit der Fall ist durchzusetzen.